

## CO<sub>2</sub>-Entsorgung wankt

Die Strategie der Stromkonzerne, Kohlendioxid unterirdisch und unterseeisch in Norddeutschland zu speichern, gerät ins Wanken. Die Bundesregierung plant harte Auflagen für Vorhaben, das Treibhausgas im Meer zu lagern, um so Klimaschutzauflagen zu erfüllen. In einer Kabinettsvorlage heißt es, die Regierung werde verhindern, dass CO<sub>2</sub> in das Meerwasser entsorgt oder auf dem Meeresgrund gespeichert werde. Sonst drohten „schwerwiegende Belastungen der Tiefseeökosysteme“. Das Gas im Gestein unterhalb des Meeresbodens zu speichern soll nur unter

strengen Bedingungen möglich sein: Die Kapazität der Speicher müsse ausreichen, um einen „entscheidenden Beitrag“ zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Eintrags in die Atmosphäre zu leisten.

Zudem dürften die marinen Ökosysteme nicht stark belastet werden. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette (CDU) hat bereits den Plan des Energiekonzerns RWE zurückgewiesen, CO<sub>2</sub> in einer Pipeline aus einem Kohlekraftwerk bei Köln in sein Bundesland zu pumpen und dort endzulagern. Auch in der niedersächsischen Landesregierung gibt es Vorbe-

halte dagegen, neben der geplanten Nuklearentsorgung in Gorleben in großem Stil CO<sub>2</sub>-Abgase zur unterirdischen Lagerung aufzunehmen.

Kohlekraftwerk (bei Spremberg)

